

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/78

24. April 1978

Ein Zentrum der demokratischen Kräfte

Auf den neuen Berliner Senat warten große Aufgaben

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Seite 1 bis 3 / 101 Zeilen

Die Familie behält ihre Wichtigkeit

Der Staat muß sie schützen, darf ihr aber kein Leitbild
vorschreiben

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Gegen den Handel mit Menschen

Illegale Ausländerbeschäftigung wird jetzt verstärkt
bekämpft

Von Hans Urbanik MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeit-
nehmer" in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 6a / 58 Zeilen

Die Arbeitnehmer stehen hinter der SPD

Beweis in Dortmund: Klare Absage an Anwerbekampagne
der Strauß-Gefolgschaft

Seite 7 und 8 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 18, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telefax: 08 65 845 - 48 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Ein Zentrum der demokratischen Kräfte

Auf den neuen Berliner Senat warten große Aufgaben

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Wer in diesen Tagen den Berliner Nachrichtenmarkt verfolgt, der könnte denken, daß wir uns nicht sieben Wochen nach, sondern sieben Wochen vor den Wahlen befinden. Die Polemiken und Tiefschläge gegen die neue Landesregierung steigern sich bis ins Maßlose, die Kabinettsliste der neuen Landesregierung als Konsequenz eines schwierigen Wahlergebnisses erscheint manchen Kritikern unfassbar. Sie müssen offenbar den 2. März verschlafen haben.

Ich möchte in aller Nüchternheit einige Tatsachen in Erinnerung rufen. Der CDU ist es bei den Berliner Wahlen im Gegensatz zu ihrem Ziel nicht gelungen, eine regierungsfähige Mehrheit zu erringen. Die Berliner Wähler haben ihr nicht genug Stimmen anvertraut, daß sie ohne die Hilfe einer anderen Partei einen Senat hätte bilden können. Es stand aber nach klaren und eindeutigen Aussagen sowohl der Sozialdemokraten als auch der FDP für jeden fest, daß keine dieser beiden Parteien bereit war, eine Koalition mit der CDU anzustreben. Und die CDU selbst, die ihr Wahlergebnis wohl nur als einen Zufallserfolg ansieht, hat nicht den leisesten Versuch gemacht, eine führende Rolle zu spielen und Partner im Parlament zu finden, um ihre Basis bis hin zu einer möglichen Senatsbildung zu verbreitern. Die innere Situation, in der sich die Berliner CDU befindet, ist in der Tat bejammernswert. Bei jedem Selbstvertrauens- und in realer Einschätzung ihrer Möglichkeiten ist sie sogleich nach den Wahlen wieder in ihre alte Lethargie verfallen. Sie tauchte unter, ließ nichts mehr von sich hören und sehen, offensichtlich froh, nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Bei einer solchermaßen in totaler Erstarrung verharrenden CDU gab es für die Berliner Sozialdemokraten in

der Tat nur eine Alternative zur Vernunfttatsache mit der FDP - selber in die Opposition zu gehen. Eine verlockende Lösung, eingedenk derer der CDU noch heute der Angatschweiß auf der Stirn stehen muß.

Es wäre für die Berliner Sozialdemokraten nicht ihre erste Erfahrung auf der Oppositionsbank gewesen - nach dem Tode Ernst Reuters sind wir den gleichen Weg gegangen bis zum Sieg bei den nächsten Wahlen. Es wäre auch für die Berliner Sozialdemokraten keine schlechte Erfahrung gewesen, diesen Weg zu wiederholen und die Jahre ohne Regierungsverantwortung ganz zum Fitneßtraining ihrer Partei zu verwenden. Aber was dann? Wäre die CDU überhaupt in der Lage gewesen, ein Minderheitskabinett auf die Beine zu stellen? Wie hätte das erst ausgesehen? Und wie hätte sie ihre auseinanderstrebenden Interessengruppen so weit konzentrieren können, daß sie wenigstens für ein bescheidenes Minimalprogramm eine Mehrheit im Parlament findet? Denn ohne die Zustimmung der Opposition wäre nicht ein Senatsmitglied, nicht eine Senatsvorlage im Abgeordnetenhaus durchgekommen.

Eine Minderheitsregierung von Gnaden der Opposition? Die in ihrem eigenen Saft schwört, bis sie verbruzzelt ist? Wirklich ein verheißungsvoller Gedanke für den, der in dieser Lage nicht die Verantwortung zu tragen hat. Für die Sozialdemokraten in Berlin wäre das die bequemste und vielleicht auch vorteilhafteste Lösung gewesen. Aber auch für Berlin? Hätten wir getrost abwarten können, bis die CDU abgewirtschaftet hat? Ich glaube, man hätte uns zu Recht der Flucht aus der Verantwortung bezichtigt. Parteitaktisches Kalkül hat vor der Sache, die uns allen - Regierung und Opposition - am Herzen liegt, zurückzutreten, und diese Sache heißt Berlin. Nicht auf ein unbarmherziges Fortführen des Wahlkampfes, der durch die Entführung von Peter Lorenz abgebrochen wurde, kommt es jetzt an, sondern auf ein engeres Zusammenrücken aller Kräfte in Berlin, die sich dem Wohl und der Zukunft der Stadt verpflichtet fühlen. Dabei soll nichts verkleistert werden. Fehler müssen offen bekannt werden, wo sie gemacht wurden. Kritik muß angenommen werden, wo sie am Platze ist und zu konstruktiven Verbesserungen führt. Die Bevölkerung will vor allem ehrliche Arbeit von uns sehen - sowohl von der Regierung als auch der

Opposition - keine Taschenspielertricks. Aufrichtiges Bemühen und harte Arbeit sind der beste Weg, um der Gefahr der Verfälschung und Erschlaffung im Regierungsapparat zu begegnen. Es gibt in diesem sozialliberalen Senat genug bewährte und qualifizierte Kräfte, die zusammen mit denen, die jetzt ihre Bewährung suchen, für die Bewältigung dieser Aufgabe bürgen.

Kaum ein Mitglied des neuen Senats, das nicht von der einen oder anderen Seite - oft von den entgegengesetzten Lagern gleichzeitig - harte Worte einstecken mußte, noch ehe es sich in seiner neuen Aufgabe bewähren konnte. Denen, den die ganze politische Richtung nicht paßt, wird man es auch mit den brilliantesten Leistungen in den nächsten vier Jahren nicht recht machen können. Dieser Senat ist jedoch nicht angetreten, um mit ideologischen Patentrezepten zu handeln. Die vergilbten Etiketten von "rechts" und "links" haben in Anbetracht der sehr realen und praktischen Erfordernisse, die zu bewältigen sind, längst ihren Orientierungswert verloren. Die Bürger erwarten von uns eine Antwort auf die Fragen der Inneren Sicherheit, der fugenlosen Einordnung der Universitäten in unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft, der Sauberkeit in der Verwaltung. Die sozialliberale Koalition in Berlin wird die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Sozialdemokraten haben als stärkste Regierungspartei keinen Anlaß, die Worte ihrer politischen Gegner auf die Goldwaage zu legen. Ich appelliere an jeden Sozialdemokraten, sich auch unter den erschwerten Umständen einer nicht gegebenen absoluten Mehrheit seiner großen Verantwortung gegenüber unserem demokratischen Staatswesen bewußt zu bleiben. Wir müssen Besonnenheit wahren selbst noch gegenüber den unsinnigsten und gräßlichsten Attacken. Wir müssen abwarten, bis unsere politischen Gegner ihre Ruhe wiedergefunden haben und dürfen uns nicht provozieren lassen. Wir haben keinen Anlaß, das unverantwortliche Spiel einer totalen Polarisierung der Kräfte in Berlin mitzumachen, in Feindschaft auseinanderzufallen statt das größtmögliche Maß an Gemeinsamkeit unter anständigen demokratischen Gegnern zu suchen. Denn sonst hätten jene Polit-Verbrecher, die den Sozialdemokraten von Drenkmann ermordeten und den Christdemokraten Lorenz entführten - und deren kriminelle Energie noch nicht verbraucht ist - ihren gefährlichsten Sprengsatz mit Erfolg gezündet. Wir werden die CDU aus der gemeinsamen Verantwortung im Parlament nicht entlassen. Sie bleibt im Gegenteil aufgefordert und wird Gelegenheit bekommen, stärker als bisher mitzuwirken und Entscheidungen zu tragen. Der neue Berliner Senat ist ein Zentrum der Integration. Er sieht seine Aufgabe im Zusammenfassen demokratischer Kräfte. Sein Partner sind die Bürger aller politischen Richtungen, die dem Extremismus eine Absage erteilen. Ziel und Leitlinien dieser sozialliberalen Koalition ist die unbeirrbarere Kontinuität eines in dreißigjähriger Erfahrung erwachsenen freien und sozialen Rechtsstaates.

(-/24.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Die Familie behält ihre Wichtigkeit

Der Staat muß sie schützen, darf ihr aber kein Leitbild vorschreiben

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundeministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Veröffentlichung des 2. Familienberichts, den die Bundesregierung vor wenigen Tagen gemäß dem Auftrag des Bundestages vorgelegt hat, mag bei manchen kritischen Geistern die Frage nach dem Sinn eines solchen Berichts aufgeworfen haben. Der Sinn eines Gesundheits-, eines Sozial-, eines Wehrberichts leuchtet jedem ein: Für diese Bereiche brauchen wir die Erkenntnisse und die Stellungnahmen von Experten, ohne sie kann der Laie sich kein Bild machen. Anders beim Bereich "Familie": Hier ist jeder einzelne ein "Fachmann", denn jeder entstammt schließlich einer Familie, gehört einer Familie an, kennt die Probleme aus erster Hand, kann mitreden. Oder glaubt es zumindest.

Man kann sicher darüber streiten, wie sinnvoll es ist, daß sieben Experten sich einige Jahre lang die Köpfe über Familienfragen zerbrochen haben. Das Ergebnis dieses Kopfzerbrechens - den 2. Familienbericht - finde ich zumindest insofern nützlich, als diese sieben Fachleute in ihrem Bericht an vielen Stellen bestätigen, wie richtig die Familienpolitik der Bundesregierung seit 1969 war und ist.

In ihrer Stellungnahme zum Familienbericht geht die Bundesregierung nicht nur im einzelnen auf die konkreten Vorschläge der Familienberichts-Kommission ein, sie nutzt auch die Gelegenheit, die wesentlichen Züge ihrer Familienpolitik darzulegen. Und der wichtigste Grundgedanke dieser Politik lautet: die Familie ist so wichtig wie eh und je. Das heißt: Wir stehen

voll zu Artikel 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt. Wer uns etwas anderes unterstellt, verfälscht die Wirklichkeit. Allerdings erkennen wir diesen Schutz nicht ausschließlich einer Familie nach DIN-Norm zu, sondern wir fordern ihn für die vielfältigen Formen, in denen sich Familien heute darstellen. Denn Aufgabe der Bundesregierung kann es nicht sein, ein Leitbild für die Familie zu entwerfen oder ein Leitbild - z.B. das der Kleinfamilie - zur Maxime zu erheben. Die freie Entscheidung eines jeden und jeder Familie, sein bzw. ihr Leben so zu gestalten, wie es erstrebenswert erscheint, muß respektiert werden.

Ein weiterer Grundsatz unserer Politik lautet: Familienpolitik ist kein Instrument der Bevölkerungspolitik. Für die Bundesregierung ist es selbstverständlich, daß die Entscheidungsfreiheit eines Paares über Zahl der Kinder und Zeitpunkt der Geburt gewahrt bleiben muß. Allerdings ist es eine Aufgabe der Familienpolitik, die Voraussetzungen für die Entscheidungsfreiheit zu schaffen. Durch Aufklärung und Information über Familienplanung, und dadurch, daß wir - im weitesten Sinn - für eine Umwelt sorgen, in der der Wunsch nach Kindern geweckt wird und sich die Wunschvorstellung von der Zahl der Kinder auch verwirklichen läßt.

Familienpolitik konzentriert oder beschränkt sich für uns keineswegs nur auf einen schmalen Ausschnitt einer besonderen Form materieller Zuwendungen, wie es die CDU früher mit dem Kindergeld getan hat und wie es heute in der Forderung nach Erziehungsgeld zum Ausdruck kommt. Denn hinter solch einer verengten und rein materiellen Einstellung lauern zwei Gefahren: Erstens, daß man den Menschen und Familien einredet, mit Geld vom Staat allein wären alle Probleme zu lösen. Zweitens, daß man sich selbst den Blick für die tatsächliche Vielfalt der Bedürfnisse und Aufgaben verstellt.

Durch eine Reihe von ihr eingeleiteter Reformen hat die Bundesregierung deutlich gemacht, welch hohen Stellenwert sie der Familie in unserer Gesellschaft einräumt. Bei der parlamentarischen Beratung der entsprechenden Vorlagen wird sich zeigen, ob die Bekenntnisse der CDU/CSU zu Partnerschaft und Chancengleichheit ernst zu nehmen sind - oder ob es sich hierbei einmal mehr um bloße Lippenbekenntnisse handelt. (-/24.4.1975/ka/pr)

+ + +

Gegen den Handel mit Menschen

Illegale Ausländerbeschäftigung wird jetzt verstärkt bekämpft

Von Hans Urbanik MdB

**Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" in
der SPD-Bundestagsfraktion**

Bereits vor mehr als einem Jahr hat die Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung eine Initiative angekündigt, um die durch illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer wachsenden Mißstände wirksamer zu bekämpfen. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig und können nur differenziert erforscht und beseitigt werden.

Das Beschäftigungsgefälle zu den Ländern hin, die seit Jahren das Hauptpotential für unseren wachsenden Bedarf an Arbeitskräften stellen (Türkei, Jugoslawien, Marokko usw.) veranlaßt auch heute noch viele Ausländer aus diesen Gebieten, als Touristen - oftmals über den Ost-Berliner Zentralflughafen - in die Bundesrepublik einzureisen. Die anschließende Vermittlung durch ihre Kollegen führt dann meist zu Arbeitsverhältnissen, in denen die Angst vor Entdeckung rücksichtslos ausgenutzt wird. Darüber hinaus sind die organisierten Anwerbungskampagnen zu schwerfälliger, um sich den veränderten Verhältnissen sinnvoll anzupassen; der vor einem Jahr erlassene Anwerbestopp setzte die ersten deutlichen Zeichen.

Trotzdem, bzw. deshalb, liegt inzwischen die Zahl der illegal beschäftigten Ausländer - so schätzt die Bundesregierung - bei etwa 200.000, d.h. jeder zwölfte ausländische Arbeitnehmer steht in einem Arbeitsverhältnis, das nicht unseren sozialen Vorschriften entspricht. Da in unserem sozial-liberalen Rechtsstaat die Grenzen praktisch für jedermann offen sind, könnte eine Einwanderungskontrolle nur mit einschneidenden Maßnahmen durchgeführt werden, so daß nur der Weg bleibt, die Einhaltung bestehender Vorschriften durch Verschärfung der Strafen bei Nichtbeachtung zu erzwingen. Diese im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegende Aktion richtet sich vor

allem gegen Personen, die aus grobem oder gewerbsmäßigem Eigennutz ausländische Arbeitnehmer anwerben, vermitteln oder beschäftigen.

Nur die Beseitigung dieser illegalen Möglichkeiten - am besten in Verbindung mit einer sinnvollen Aufklärungsaktion in den betreffenden Ländern selbst - kann kurzfristig den Abbau der Zahl der illegal Beschäftigten herbeiführen. Bedeutend vermindert würden dadurch auch all die anderen Probleme, die uns leider im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung immer wieder begegnen, nämlich die der persönlichen und gesellschaftlichen Integration. In dieser Woche wird sich der Deutsche Bundestag abschließend mit der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beschäftigen. Verstöße gegen die unerlaubte Anwerbung, Vermittlung und Überlassung werden bisher nur mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr geahndet. Mit folgenden neuen Bestimmungen drohen härtere Strafen.

- Wer ohne Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit ausländische Arbeitnehmer anwirbt oder vermittelt, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe bedroht. Bei besonders schweren Fällen - z.B. bei gewerbsmäßiger Anwerbung und Vermittlung - soll eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren verhängt werden können.

- Dasselbe Strafmaß ist für die unberechtigte Überlassung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis durch einen "Verleiher" vorgesehen.

- Arbeitgebern, die ausländische Arbeitnehmer ohne Arbeitserlaubnis illegal beschäftigen, droht eine hohe Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, in besonders schweren Fällen von mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

- Wer einen ausländischen Arbeitnehmer beschäftigt, der die erforderliche Arbeitserlaubnis nicht besitzt und die Bundesrepublik deshalb unverzüglich verlassen muß, hat die Abschiebungskosten zu tragen.

Damit wird ein weiterer Punkt des Aktionsprogramms der Bundesregierung "Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer" erfüllt. (-/24.4.1975/ka/pr)

+ + +

Die Arbeitnehmer stehen hinter der SPD

Beweis in Dortmund: Klare Absage an Angstkampagne der Strauß-Gefolgschaft

"Heinz und Helmut bleiben dran - dafür sorgt der kleine Mann", lauteten die Sprechchöre, mit denen die SPD-Führungsspitze am Mittwochabend in der Dortmunder Westfalenhalle von über 20.000 Kumpeln aus dem Revier begrüßt wurde. Willy Brandt sprach zu Recht von einer "machtvollen Demonstration der Stärke der deutschen Sozialdemokratie". Wenn es noch eines Beweises bedurfte, so wurde er zehn Tage vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland erbracht: Von einem Stimmungstief bei der SPD kann keine Rede sein.

Der Empfang, den die Bevölkerung des Kohlenpotts ihrem Ministerpräsidenten Heinz Kühn, Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt geboten hat, das war mehr als ein Sympathie- und Vertrauensbeweis. In der Westfalenhalle wurde deutlich: Die arbeitende Bevölkerung steht voll hinter der SPD und ihrer geschlossenen Führungsspitze. Wenn Heinz Kühn davon sprach, daß die Stimmung gut sei und von Tag zu Tag besser werde, dann muß ihm uneingeschränkt zugestimmt werden. Die SPD ist intakt, und im Revier hat man begriffen, daß es für ihre Politik gegenwärtig keine Alternative gibt, weder im Bund noch in den Ländern.

Deutlich wurde in Dortmund auch, daß Willy Brandt der erste Mann in der deutschen Sozialdemokratie ist und bleibt, und daß seine beiden Stellvertreter, Helmut Schmidt als Bundeskanzler und Heinz Kühn als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, die besten Garanten dafür sind, daß die 1969 eingeleitete Friedenspolitik und der Ausbau des sozialen und demokratischen Rechtsstaates konsequent und konzentriert fortgeführt werden. Aber Dortmund war auch ein Beweis dafür, daß es den politischen Gegnern der SPD nicht gelungen ist, die Arbeitnehmer zu verunsichern. In der bis auf den letzten Platz gefüllten Westfalenhalle wurde jenen Miss-

machern der Union, die Unsicherheit und Furcht zu verbreiten versuchen und das Geschäft mit der Angst betreiben, dabei aber gleichzeitig mehr Sicherheit versprechen, eine klare Absage erteilt. Die Strauß, Kohl und Kötter, die den Menschen an Rhein und Ruhr den Frühling versprechen, haben ihre Rolle als Nein-Sager und Angst-Strategen überzogen, sie sind unglaubwürdig geworden. Ihnen gilt es am 4. Mai mit dem Stimmzettel eine Antwort zu geben, die sie für die nächsten vier Jahre wieder auf die Oppositionsbänke verweist.

Hierfür muß allerdings noch hart gearbeitet werden, denn - so Heinz Kühn: "Es gibt keine Sicherheit für den Erfolg, es sei denn, man erkämpft ihn sich." Und dieser Kampf muß engagiert und unerbittlich bis zum Wahlsonntag geführt werden. Nur wenn es gelingt, auch den letzten Sympathisanten der SPD zur Wahlurne zu bringen, kann die Sozialdemokratie gestärkt aus der Wahl hervorgehen. Helmut Schmidts Bemerkung "Wir sind darauf angewiesen, daß Ihr alle das Maul aufmacht", war mehr als bloß eine Floskel, sie war eine Aufforderung an jeden Sozialdemokraten in Stadt und Land, seinen Beitrag zur Mobilisierung der Wähler zu leisten. Jeder muß wissen, daß die SPD ihre Politik zum Wohle der Arbeitnehmer konsequent und erfolgreich fortsetzen wird. Dazu braucht sie die Unterstützung der Wähler.

Gode Japs

(-/24.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller